

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	121
		<b>TOP:</b>	2a
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	443/2018
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	24.09.2018		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Luz (SozA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>38. Stuttgarter Flüchtlingsbericht</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 23.07.2018, öffentlich, Nr. 94

Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 17.07.2018, GRDRs 443/2018.

Der Flüchtlingsbericht, der traditionell im Internationalen Ausschuss, im Sozial- und Gesundheitsausschuss und im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde, biete wieder umfangreiche Informationen, so BMin Fezer. Sie begrüßt Herrn Luz, der kurz in die Thematik einführt, nachdem am 23.07.2018 bereits im Sozial- und Gesundheitsausschuss (s. SGA, NNr. 94/2018) dazu ausgiebig berichtet worden ist. Aufgrund dessen wird an dieser Stelle auf die Protokollierung der Berichterstattung verzichtet und nachstehend die Aussprache wiedergegeben.

StR Dr. Nopper (CDU) betont, nicht nur eine Förderung, sondern auch eine Forderung müsse an die Geflüchteten gestellt werden. Ihn interessiert die Menge an privatem Wohnraum, die von den Geflüchteten pro Monat neu bezogen werde. Pro Monat gebe es durchschnittlich 120 Ein- und 180 Auszüge, davon seien 140 in Privatwohnraum innerhalb Stuttgarts, antwortet Herr Luz. Bezogen auf die Seite 13 des Berichts erkundigt sich StR Dr. Nopper nach "normalen Mietverhältnissen", ob bei diesen keine Steuermittel zum Einsatz kämen. Bei einem "normalen Mietverhältnis" handelt es sich um Tatbe-

stände nach dem BGB, mit oder ohne Transferleistungen, bemerkt Herr Luz. Zu den UMA (unbegleitete minderjährige Ausländer) erkundigt sich StR Dr. Nopper. Dabei bezieht er sich auf die Seite 46 des Berichts und fragt, woher bekannt sei, in welchen Altersstufen sich die jungen Geflüchteten befänden. Ergänzend bemerkt der Stadtrat, dass es zu den erwachsenen Geflüchteten keine Aufschlüsselung nach Geschlecht gebe.

Vom "Willkommen" zum "Ankommen" der Geflüchteten gehe es derzeit um das Aufgehen in der Gesellschaft, was er ausdrücklich begrüßt. Auf Seite 71 des Berichts werde festgestellt, dass über 60 % - neben fehlenden Deutschkenntnissen - keinen Berufsabschluss besäßen. Es kämen verschiedene berufliche und sozial(gesellschaftliche) Maßnahmen zum Einsatz, unterrichtet Herr Luz. Das Jobcenter biete über den Fachbereich Migration und Teilhabe Maßnahmen der Netzwerke ABC im Rahmen der Eingliederungsvereinbarungen, erklärt Herr Luz. Im Dienstleistungszentrum Jägerstraße befinde sich der Campus Ausbildung, der in städtischer sowie in Kooperation mit Bürgerstiftungen als Verein sich um jugendliche Geflüchtete kümmert. Hierbei werden Brücken zu Praktika und Ausbildungen gebaut, ergänzt Herr Luz. Im Rahmen des Pakts für Integration gebe es eine enge Vernetzung der Integrationsmanager/-innen mit dem Persönlichen Ansprechpartner im Jobcenter.

StR Dr. Nopper fragt im weiteren Verlauf nach der Möglichkeit, wie diese Gruppe in der Gesellschaft aufgehen könne. In dem Zusammenhang interessiert ihn die Integration von geflüchteten Menschen in Arbeit und Ausbildung. Die Prozentangaben auf Seite 76 des Berichts bezögen sich im Rahmen der Abt. Migration und Teilhabe beim Jobcenter auf den Bereich Arbeit und Ausbildung, erläutert Herr Luz.

Dem Dank der Vorsitzenden bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung schließt sich StR Lazaridis (90/GRÜNE) an. Darüber hinaus bedankt er sich bei den Betreuern in den Unterkünften und den Ehrenamtlichen der Freundeskreise. Bei rd. 7.000 Flüchtlingen stehe es der Stadt Stuttgart gut zu Gesicht, Verantwortung für diese Menschen zu übernehmen. In diesem Zusammenhang nennt er die Hilfe des Landes, den Pakt für Integration, die zusätzliche Sprachförderung, die Traumaprojekte, die Schulsozialarbeit und die Willkommensräume, die der Sache dienlich seien. Zu der Aufschlüsselung nach Herkunftsländern auf Seite 11 des Berichts erkundigt er sich, warum aus Gründen der statistischen Geheimhaltung die Anzahl einiger Nationalitäten nicht genannt werde. Nach der genannten Prognose von 6.500 Menschen, für die die Stadt Verantwortung trage, fragt er nach dem Trend zum Ende des Jahres. Die Anzahl von Geflüchteten werde sich auf diesem Niveau halten, meint Herr Luz. Zu den in der Jugendhilfe spezifischen Fragen, wie der Betreuungssituation in den Kitas, erkundigt sich StR Lazaridis nach den 70 nicht versorgten Kindern, wie die Situation für diese Kinder verbessert werden könne.

Dieser Fragestellung schließt sich StRin Vowinkel (SPD) an. Dabei interessieren sie die aktuellen Zahlen. Zu den unter 3-Jährigen bittet StR Lazaridis um eine entsprechende Erklärung, wie sich die Betreuung dieser Kleinkinder gestalte. Ähnlich äußert sich im Folgenden auch StRin Vowinkel. Hierzu erwähnt Herr Luz, die Datenschutzbeauftragten der Stadt seien aufgrund einer Datenschutzverordnung angehalten, keine Zahlen zu den unter 3-Jährigen zu nennen.

Zu den Hilfen zur Erziehung (HzE) zitiert StR Lazaridis Herrn Luz "alle Menschen, die hier sind, sind "Stuttgarter" mit den gleichen Rechten auf Leistungen". Angesichts des-

sen fragt er nach dem Schwerpunkt der Hilfeleistungen im Sinne der Jugendhilfe. Zur Stellenschaffung in den Beratungszentren will StR Lazaridis den aktuellen Stand wissen.

Wie bereits ihr Vorredner bedankt sich StRin Vowinkel für den ausführlichen und detaillierten Bericht, gerade unter der Beleuchtung der jugendhilfespezifischen Ansätze. Im weiteren Verlauf der Vorlagen sollte die Jugendhilfe integriert und diskutiert werden. Genderaspekte sollten dabei ebenfalls berücksichtigt werden, damit spezifische Angebote unterbreitet werden können. Die Heranwachsenden bis 27 Jahren, die nicht mehr unter die Zielgruppe der UMA fallen, sollten unter dem Aspekt der Jugendhilfe betrachtet werden, regt StRin Vowinkel an. Herr Luz bemerkt, derzeit gebe es rund 60 % männliche Bewohner und 40 % weibliche Bewohnerinnen in den Unterkünften, und wenn ein Bedarf an spezielleren Statistiken vorliege, könne er bei den über 18-Jährigen gerne eine Untergliederung vornehmen.

Im Zusammenhang mit dem Thema Wohnraum berichtet StRin Vowinkel, dass es für die Betroffenen in den Unterkünften kaum möglich sei, eine berufliche Tätigkeit anzunehmen, da in der Folge privater Wohnraum nicht bezahlt werden könne. Einige Menschen blieben durch diese Situation im Bezug von Sozialleistungen. Die Umstellung von 4,5 auf 7 m<sup>2</sup> Wohnfläche pro Bewohner in den städtischen Flüchtlingsunterkünften lobt sie dagegen ausdrücklich. Hierzu stellt die Stadträtin eine Frage nach den inzwischen volljährigen UMA, ob diese Gruppe in den Unterkünften bleiben könne. Positiv bemerkt StRin Vowinkel den Rückgang von Berechtigungsscheinen für städtische Deutschkurse durch die Clearingstelle. Herr Luz erläutert dazu: Von den derzeit 6.750 geflüchteten Menschen in den Unterkünften seien bereits 5.800 Menschen in der Anschlussunterbringung, wobei der Deutschkurs beim Jobcenter für diese Menschen eine wichtige Rolle spiele - gerade um den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu finden.

Im weiteren Verlauf äußert StRin Vowinkel, ihr fehle bei dieser Berichterstattung der Umgang mit traumatisierten Kindern und eine Stellungnahme der Gleichstellungsstelle. Eine weitere Frage richtet sich nach der Möglichkeit von Fortbildungen für die Fachkräfte in diesem Thema. Von der Gleichstellungsstelle werde es einen Beitrag für den nächsten Flüchtlingsbericht geben, verspricht Herr Luz. Die Zusammenarbeit mit den Stabs- und Fachstellen wie der Gleichstellungsstelle sowie mit der Kinderbeauftragten stelle ein wichtiges Konglomerat dar, das im operativen und im sozialhilfeplanerischen Sinne genutzt werde.

StRin Vowinkel stellt weiterhin fest, dass es für die Ehrenamtlichen und die Vertreter der freien Träger, die ihren Beitrag zur Flüchtlingsarbeit leisteten, immer schwieriger werde, da Menschen, mit denen man intensiv gearbeitet hätte, von Abschiebung bedroht seien. Als letzten Punkt erwähnt sie die Wichtigkeit, Integration durch Arbeit zu erreichen - gerade unter dem Gender- und dem Jugendhilfeaspekt. Herr Luz erläutert, im Rahmen des Integrationsmanagements sei erkannt worden, dass es nicht nur um die Eingliederungsvereinbarung, neben Praktika und Abschlüssen, gehe, sondern darum, was im Umfeld noch zu tun sei. Hinsichtlich der Kooperation mit dem Jobcenter sei man im April 2018 noch in den Anfängen gewesen. Durch die Etablierung des Integrationsmanagements könne im nächsten Bericht, neben dem Genderaspekt, gezielt auf die Thematik eingegangen werden.

Die Vorsitzende weist im Laufe der Debatte darauf hin, die Fragen zu geflüchteten Kindern werden unter dem Tagesordnungspunkt 2b "Situation der geflüchteten Kinder und Jugendlichen", s. NNr. 122, beantwortet.

StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PluS) sieht den Stuttgarter Weg trotz Hindernissen als richtigen Weg an. In Anbetracht der Betreuungssituation der unter 3-jährigen Kinder ergänzt sie, dass diese Altersgruppe häufig in den Unterkünften betreut werde, da die Mütter noch keiner beruflichen Tätigkeit nachgingen. In Ergänzung an ihre Vorrednerinnen betont StRin von Stein (FW), die Integration in Arbeit sei eine wichtige Maßnahme für die geflüchteten Menschen. Zu diesem Thema bittet diese Stadträtin um weitere Informationen in Bezug auf Chancen/Erfolge der Geflüchteten hinsichtlich einer schulischen Ausbildung, der Erlangung von Deutschkenntnissen und der Aufnahme von Praktika.

StR Klingler (BZS23) äußert sich kritisch zum jährlich erscheinenden Flüchtlingsbericht und zu der Arbeit der Verwaltung in diesem Bereich. Er betont, dass nicht jeder Flüchtling vom ersten Tag an ein Stuttgarter Bürger sei. Dabei bemängelt dieser Stadtrat die seiner Meinung nach fehlende Unterscheidung hinsichtlich des Flüchtlingsstatus: Anerkannte Flüchtlinge sollten alle erforderlichen Hilfen erhalten; Menschen ohne Bleiberecht sollten keine Vorteile gegenüber den Bürgern der Stadt haben. Er moniert den Bau der Unterkunft in Stuttgart-Feuerbach, die bei einer Belegungsquote von durchschnittlich 75 % in 2017 nicht erforderlich gewesen sei. Er habe kein Verständnis dafür, dass Geflüchtete gegenüber berufstätigen Eltern sofort einen Betreuungsplatz für ihre Kinder erhielten, obwohl die Eltern tagsüber Zeit hätten, ihre Kinder zu betreuen.

Bezogen auf die Seite 52 des Berichts bemerkt Herr Wohlfahrt, die Mehrzahl der 3- bis 6-jährigen Kinder würde in Kindertageseinrichtungen betreut. Ihn interessiert allerdings die Anzahl und Definition der nicht versorgten Kinder, die sich auf der sogenannten "Rechtsanspruchliste" befinden. Eine weitere Frage richtet sich danach, wer den Rechtsanspruch für die Kinder aus Flüchtlingsunterkünften geltend mache. Zu der Engpasssituation der nicht versorgten 3- bis 6-Jährigen im Stuttgarter Norden erkundigt sich Herr Wohlfahrt, neben den Möglichkeiten der Tagespflege, nach Sprachförderprogrammen, ob diese in der Kindertagespflege zum Einsatz kämen.

Frau Henniger bedankt sich für den Bericht und spricht sich für die Leistungen auf unterschiedlichen Ebenen aus. Hinsichtlich der Gestaltung von Übergängen lobt sie die Gewährung von Hilfen für junge Volljährige (UMA). Dabei erkundigt sie sich nach den Anschlussperspektiven im Bereich Schule - Beruf. Zu den jungen Menschen, die in VABO-Klassen "Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen" untergebracht seien, bittet Frau Henniger um Informationen, wie die Übergänge gelingen können. Herr Kelle betont, er spreche sich dafür aus, dass Geflüchtete die Hilfen erhalten, derer sie bedürfen. Er lehne eine Gegenüberstellung und Abwägung von Hilfeleistungen ab.

Aus Sicht der AG Gender unterstützt Herr Stein die Redebeiträge von StR Dr. Nopper und von StRin Vowinkel und bittet um eine Differenzierung des Zahlenmaterials. Im Bericht, bezogen auf den Jugendhilfebereich, müsste eine Spezifizierung hinsichtlich der UMA bis 18 Jahre und der jungen Erwachsenen zwischen 19 und 27 Jahren getroffen werden. Ebenso sollte der Schutzbedarf der LSBTTIQ-Geflüchteten anerkannt und berücksichtigt werden.

Zuletzt formuliert die Vorsitzende, die in Bezug auf Kinder und Jugendliche offen gebliebenen Fragen würden unter TOP 2b, siehe NNr. 122, beantwortet. Sie bedankt sich bei Herrn Luz für die ausgezeichnete Arbeit.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GR Drs 443/2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt (5)  
Gesundheitsamt (4)  
SI-IP
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  3. Referat WFB  
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)  
Stadtkämmerei (2)
  4. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  5. Referat JB  
Jugendamt (2)
  6. Rechnungsprüfungsamt
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. Die STAdTISTEN
  9. AfD
  10. LKR